



Inhalt

1.	EU Präsidentschaft.....	2
2.	Das Zypernproblem.....	4
3.	Erdgas- und Erdölvorkommen	5
4.	Griechische Zyprioten	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen	9
5.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Innenpolitische Entwicklungen	11
6.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

1. EU Präsidentschaft

Anfang Oktober fand in Brüssel die Konferenz zur Vernetzung Europas (Connecting Europe Facility – CEF) statt. CEF ist ein Instrument innerhalb des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFF) für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Im Rahmen des CEF sollen Infrastrukturprojekte in folgenden Bereichen vorangetrieben werden: Verkehr, Energie sowie digitale Netzwerke, die dazu dienen sollen, die Europa 2020 Strategie umzusetzen. Die Konferenz wurde von Kommissionspräsident José Manuel Barroso eröffnet. Zypern wurde von dem Minister für Kommunikation und Arbeit, Efthemios Flourentzou, vertreten. Flourentzou betonte die Dringlichkeit, die Verhandlungen für den CEF weiterzuführen.

Am 8. Oktober stimmten die für maritime Angelegenheiten zuständigen EU Minister einer politischen Erklärung zu, die darauf abzielt, die Integrierte Meerespolitik (IMP) der EU wiederzubeleben. Fünf Jahre nachdem die sogenannte Lissabon Erklärung abgegeben wurde, präsentierte der zyprische Minister für Kommunikation und Arbeit, Efthemios Flourentzou, im Beisein von Präsident Demetris Christofias und EU Kommissionspräsident Barroso die Limassol Erklärung. Die Erklärung, die eine Initiative der zyprischen Ratspräsidentschaft ist, soll ein Meilenstein sowohl für die zukünftige Implementierung als auch die weitere Entwicklung der IMP sein. In der Erklärung werden Richtlinien für eine umfassende und zusammenhängende Politik im Hinblick auf eine nachhaltige Nutzung der Meere innerhalb der EU aufgestellt, die nicht im

Widerspruch zu Wirtschaftswachstum stehen und somit den Zielen von Europa 2020 dienen.

Während eines ECOFIN Treffens in Luxemburg am 9. Oktober unter dem Vorsitz des zyprischen Finanzministers Vassos Shiarly machten die EU Wirtschafts- und Finanzminister eine Bestandsaufnahme der in einigen EU Staaten eingeführten Finanztransaktionssteuer. Die Minister tauschten sich auch über das weitere Vorgehen in Bezug auf das Europäische Semester, die Eigenkapitalrichtlinie IV (CRD IV) und die Teilnahme der EU an internationalen Foren aus. Die Richtlinien zur Finanztransaktionssteuer sind darauf ausgerichtet, die Regulierung des Bankensektors zu stärken, indem die von den G 20 im November 2010 angenommene Basel III Vereinbarung ins EU Recht aufgenommen wird, wobei die Steuer ein wichtiger Bestandteil der Richtlinien sein wird. Es ist jedoch wichtig, dass das CRD IV Packet noch vor Inkrafttreten des Überwachungsmechanismus für die Einheitswährung (SSM) im Euroraum in 2013 angenommen wird.

Am 10. Oktober wurde die vorläufige Vereinbarung für die Regulierung und Verbreitung von Wissenschaft und Innovation innerhalb des nächsten EU Förderprogramms für den Zeitraum von 2014 - 2020 (Horizon 2020) sowie die novellierte Regulierung des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie von den zuständigen EU Ministern verabschiedet. Dies, sowie auch die Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens für das Budget von Horizon 2020 bedarf noch der Zustimmung des Europaparlaments. Den Vorsitz des Treffens führte der zyprische Gesundheitsminister,

Stavros Malas, der für den Bereich Wissenschaft während der zypriotischen Ratspräsidentschaft zuständig ist.

Teile des Gesetzespakets für die Kohäsionspolitik 2014 – 2020 wurden während des Treffens des Rats für Allgemeine Angelegenheiten am 16. Oktober verabschiedet. Die Kohäsionspolitik zielt darauf ab, die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede innerhalb der EU Staaten auszugleichen. In den folgenden Bereichen wurde ein Konsensus erreicht: territoriale Zusammenarbeit, Finanzen, Verwaltungs- und Kontrollsysteme, Information und Kommunikation, technische Zusammenarbeit und länderspezifische Empfehlungen und Indikatoren. Die Kohäsionspolitik hängt eng mit den Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens zusammen, deren Wichtigkeit von EU Institutionen hoch eingeschätzt wird. Die zyprische Ratspräsidentschaft hat sich das Ziel gesetzt, zusätzliche Elemente in die Regulierungen aufzunehmen.

Der Europarat traf sich am 18. und 19. Oktober in Brüssel. Die Gespräche drehten sich um folgende Themen: die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion, den einheitlichen Überwachungsmechanismus für die Eurozone, die Lage in Griechenland, das Bündnis für Wachstum und Arbeit sowie außenpolitische Themen. Maßnahmen zur Wachstumssteigerung bildeten den Schwerpunkt auf dem Sozialgipfel, der vor dem Treffen des Europarats in Brüssel stattfand.

Im Namen der Hohen Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Cathrine Asthon, besuchte

die zypriotische Außenministerin, Erato Kozakou-Markoullis, das Europaparlament, um den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) über das Treffen des Rats für Auswärtige Angelegenheiten (FAC) vom 15. Oktober zu informieren. Im Hinblick auf Syrien betonte Kozakou-Markoullis, dass die Tötung von Zivilisten unverzüglich beendet werden müsse. Sie unterstrich auch die volle Unterstützung des Rats für den Sonderbeauftragten der UN und der Arabischen Liga, Lakhdar Brahimi und wies auf die Bemühungen der EU hin, der humanitären Krise zu begegnen. Außenministerin Markoullis betonte auch die Befürchtungen der EU, dass sich die syrische Krise auf die Nachbarstaaten ausweiten könnte.

Im Hinblick auf die Vergabe des Friedensnobelpreises 2012 an die EU sagte die Ministerin, dass der Preis das Bewusstsein für die Friedensbemühungen der EU vor allem gegenüber seinen südlichen Nachbarn stärke. Der Preis wurde der EU in Anerkennung ihrer Bemühungen um Frieden, Verständigung, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verliehen.

Während der Woche des Binnenmarktes fand eine Konferenz in Nicosia anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung des Binnenmarktes statt.

Der zyprische Ratspräsident und der Präsident des EU Parlaments beauftragten am 23. Oktober den Vermittlungsausschuss damit, einen Vorschlag im Hinblick auf das Budget für 2013 zu formulieren, da keine Einigung zwischen Parlament und Rat über den

Budgetvorschlag der Kommission besteht. Während der Vorschlag des Rats eine Summe von 132.70 Milliarden Euro vorsieht, was einem Zuwachs von 2,79% im Vergleich zu 2012 entspricht, fordert das Parlament 137,90 Milliarden Euro, d.h. eine Erhöhung um 6,85%. Der Vermittlungsausschuss muss innerhalb von 21 Tagen zu einer Einigung kommen, d.h. bis zum 13. November. Der stellvertretende Minister für Europäische Angelegenheiten, Botschafter Andreas Mavroyiannis, betonte während einer Vollversammlung des EU Parlaments in Straßburg, dass eine Einigung noch vor dem Treffen des Europarats am 22. – 23. November für die zyprische Ratspräsidentschaft von höchster Wichtigkeit sei.

Der angepasste Verhandlungsrahmen für den MFF in der Zeit von 2014-2020, der Ersparnisse von mindestens 50 Milliarden Euro vorsieht, wurde am 29. Oktober von der zyprischen Ratspräsidentschaft vorgelegt. Der neue Verhandlungsrahmen soll als Grundlage für weitere Gespräche während des Treffens des Europarats nächsten Monat dienen, an dem die Regierungsvertreter und Staatsoberhäupter eine endgültige Einigung erreichen wollen.

2. Das Zypernproblem

Am 1. Oktober fanden die Feierlichkeiten zum 52. Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik Zypern statt. In seiner Ansprache betonte Präsident Christofias, dass die Unabhängigkeit Zyperns die größte Errungenschaft des zyprioti-

schen Volkes und die Teilung für das Land katastrophal sei. Er wiederholte, dass es nur eine Möglichkeit für eine Einigung in der Zypernfrage gebe: eine bizonale, bikommunale Föderation basierend auf politischer Gleichheit, einem Staat, einer Souveränität und einer Nationalität. Er beschuldigte die Türkei und die türkisch-zypriotische Führung eine Zweistaatenlösung voranzutreiben.

Die Forderung von Präsidentschaftskandidat Giorgios Lillikas nach Schließung der Übergänge in den Norden nach der Verhaftung dreier griechisch-zypriotischer Polizisten durch türkische Soldaten, lehnte die Regierung ab. Dies würde eine falsche Botschaft an die internationale Gemeinschaft, die EU sowie die türkischen Zyprioten senden und sei somit gegen die Interessen der Republik Zypern. Die drei griechisch-zypriotischen Polizisten wurden festgenommen, als sie die Verfolgung eines türkisch-zypriotischen Fahrers bis in den Nordteil der Insel fortsetzten. Der Mann wurde des Drogenschmuggels verdächtigt und hatte sich einer Verkehrskontrolle entzogen

Der UN Sprecher Martin Nezirski kommentierte die Vorschläge des türkisch-zypriotischen Repräsentanten Dervis Eroglu gegenüber dem UN Generalsekretär Ban Ki-moon in der Gasfrage. Nezirski betonte die Notwendigkeit einer gemeinsamen Lösung und hob hervor, dass die Gasvorkommen sowie andere natürliche Ressourcen beiden Seiten zugutekommen könnten. Eroglus Vorschlag beinhaltet die Ernennung eines Vermittlers durch den UN Generalsekretär, der einem technischen Ausschuss vorstehen sollte, der sich mit Fragen im Bezug auf die

Gasvorkommen in Zyperns Exklusiver Wirtschaftszone beschäftigen solle. Die Mitglieder des Ausschusses sollen von den Führern der beiden Bevölkerungsgruppen ernannt werden mit dem Auftrag, eine beiderseitige schriftliche Vereinbarung über die Verteilung der Gasvorkommen zu formulieren. Die Gewinne sollen auf ein spezielles Konto überwiesen werden, das wiederum von dem technischen Ausschuss verwaltet werden soll. Die Einnahmen sollen dann dazu verwendet werden, um eine Lösung des Zypernproblems zu finanzieren.

Der türkisch-zypriotische Führer Dervish Eroglu drängte darauf die Zyperngespräche nach den im nächsten Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen im Süden zu beschleunigen. Eroglu zufolge könnten die Gespräche nicht automatisch dort weitergeführt werden, wo sie vor den Wahlen unterbrochen worden waren. Es müsse eine neue Seite in den Verhandlungen aufgeschlagen werden. Im Unterschied zu den bisherigen Gesprächen sollten, die Verhandlungen innerhalb eines feststehenden Zeitrahmens und mit einem konkreten Abschlussdatum geführt werden. Ein Prozess des Gebens und Nehmens sei dabei unverzichtbar. Dieser Vorschlag widerspricht den UN Bemühungen, die darauf ausgerichtet sind, die Verhandlungen auf der Grundlage des bisher erreichten fortzusetzen. Die UN bereitet zur Zeit eine Liste vor, auf der Übereinstimmungen sowie noch zu klärende Fragen verzeichnet werden. Dies wurde während eines Treffens in New York am 22. und 23. Oktober von UN Beamten in Anwesenheit des Sonderbeauftragten Alexander Downer und

der UN Sondervertreterin Lisa Buttenheim besprochen.

3. Erdgas- und Erdölvorkommen

Die Regierung kündigte diesen Monat die Gründung einer Firma an, die alle Aspekte der Gasförderung und –verarbeitung, d.h. sowohl die Einfuhr wie auch den Export, die Verflüssigung und den Transport von Gas kontrollieren soll.

Die Firma mit dem Namen `KRETYK` soll nach dem Vorbild der norwegischen Firma Statoil, ein führendes Energieunternehmen in der Gas- und Ölproduktion, aufgebaut werden. Die Firma ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, zu 100% im Staatsbesitz unterliegt allerdings wie nicht-staatliche Firmen dem Privatrecht. Die folgenden Personen wurden als nicht-exekutive Mitglieder in den Vorstand berufen:

- Solon Kassinis, Chef der Energiebehörde
- Andreas Zachariades, stellvertretender Rechnungsführer der Staatskasse und Mitglied des von der Regierung beauftragten Teams in den Verhandlungen mit der US Firma Noble Energy
- Nicos Papaefstathiou, Anwalt und Partner in der Kanzlei Tassos Papadopoulos & Co.
- Christos Efthyvoulou, leitender Maschinenbauingenieur im Ministerium für Kommunikation und Öffentliche Arbeiten und ehemaliger Leiter der Wissenschafts- und Ingenieurskammer Zyperns (ETEK).

Die exekutiven Mitglieder des Vorstandes sind:

- Charalambos Ellinas, Geschäftsführer der weltweiten Gas- und Öl-Abteilung von Mott MacDonald
- Stavros Stavrou, zur Zeit Vorstandsvorsitzender von Cyprus Airways, und vormals bei Oilinvest (Netherlands) B.V. beschäftigt
- Apostolos Andronikou, seit 1982 bei Lloyd's Register EMEA Oil & Gas Group beschäftigt

Nach geltendem Recht wäre die Firma mit dem Tag ihrer Gründung unter der vollständigen Kontrolle der Regierung.

Oppositionspolitiker beschuldigen den Finanzminister, Neoclis Silikiotis, die Firmengründung in aller Heimlichkeit zu beschleunigen. Die Mehrheit der Abgeordneten verlangte, dass die Firmengründung verschoben werden sollte, bis das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das den Auftrag dieser Firma klar definiert. Die Opposition befürchtet, dass die regierende AKEL die vollständige Kontrolle des Unternehmens übernehmen und somit die Verwaltung der Gasvorkommen monopolisieren könnte.

Um eine totale Kontrolle der Vergabe lukrativer Gasverträge durch die Christofias Regierung zu verhindern, entschied das Parlament, mit Ausnahme der Stimmen von AKEL, dass die Aufgabe zwischen der Public Company for Natural Gas (DEFA) und der Energieregulierungsbehörde (CERA) aufgeteilt werden solle. Demzufolge soll die DEFA für die

Einfuhr, Verteilung und den Verkauf von Erdgas auf dem lokalen Markt zuständig sein, während die CERA zusätzlich zu ihrer regulierenden Aufgabe für den Export von Erdgas übernimmt.

Averof Neophytou von der DISY deutete an, dass jegliche Zahlungen an die Firma 'illegal' seien, da es dafür keinen Posten im Haushalt gebe. Die Einstellung der Vorstandsmitglieder, die nicht im Staatsdienst stehen, stelle eine öffentliche Ausgabe dar. Die Gehaltszahlungen seien nur dann gültig, wenn sie im jährlichen Haushaltsplan beinhaltet seien. Im Haushaltsplan für 2012 sei die staatliche Erdgasfirma jedoch nicht vorhanden.

Die amerikanische Firma Noble Energy kündigte weitere Probebohrungen nach Erdgas in Block 12 für das erste Quartal 2013 an. Auf der 'Zypern – EU Ratspräsidentschaftstagung' in Nikosia, wollte der Betriebsdirektor von Noble Energy in Zypern, John Tomich, nicht ausschließen, dass im nächsten Jahr auch nach Erdöl vor Zyperns Küste gebohrt werden könnte. Tomich sagte auch, dass Block 12 vor der Küste Zyperns möglicherweise sehr viel mehr als die bisher kalkulierten 7 Billionen Kubikfuß (tcf) berge.

Als Teil der zweiten Runde in der Lizenzvergabe, die letzten Februar begann, kündigte die Regierung an, vier Lizenzen zur Gasförderung in den Blöcken 2, 3, 9 und 11 zu vergeben. Diese Blöcke grenzen an Block 12. Lizenzen wurden an folgende Konsortien vergeben: ENI (Italien), KOGAS (Südkorea), Total E&P Activities Petrolieres (Frankreich) sowie NOVATEC Overseas Exploration & Production GmbH und GPB Global Resources BV (Russland). Insgesamt wur-

den 15 Angebote von fünf Firmen und zehn Joint Ventures unterbreitet. Die Verhandlung mit den einzelnen Unternehmen und Konsortien über die Förderverträge sollen innerhalb der nächsten Monate abgeschlossen sein. Die Regierung erwartet Erlöse von mindestens 200 Millionen Euro aufgrund der Sonderzahlungen zur Vertragsunterzeichnung zu einem späteren Zeitpunkt in 2013. In der Regel wird vor Beginn der Arbeiten eine Vorauszahlung an das Gastland geleistet, um einen Block wirtschaftlich erschließen zu dürfen.

Der DEFA zufolge lagen am 29. Oktober 17 Angebote zur zwischenzeitlichen Lieferung von Gas zur Energieversorgung der Insel vor. Ab 2018 will Zypern dann seine eigenen Reserven nutzen. Details über die Angebote wurden nicht veröffentlicht aufgrund einer Geheimhaltungsvereinbarung mit den möglichen Lieferanten.

4. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Erst drei Monate nachdem die Troika ihre Vorschläge am 25. Juli vorgelegt hatte, hat die Regierung ihre Gegenvorschläge zu dem Rettungspaket eingereicht. Das Timing ist wichtig, da am 12. November das nächste Eurogruppen Treffen stattfindet und die Verhandlungen bis dahin abgeschlossen sein müssen, um die dringend benötigten Zahlungen zu ermöglichen. Die Gegenvorschläge wurden nach Gesprächen mit politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Sozialpartnern ausgearbeitet. Der Regierung wird eine

Verzögerungstaktik im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen vorgeworfen. Während die Troika die Staatsausgaben erhebliche senken möchte, sind die Gegenvorschläge auf die Erhöhung von Staatseinnahmen ausgerichtet. Die Europäische Kommission bestätigte den Empfang der Gegenvorschläge am 23. Oktober. Ein genaues Datum für die Rückkehr der Troika stand Ende Oktober noch nicht fest, obwohl die Zeit drängte.

Die Regierung und die politischen Parteien sind sich weitgehend in ihrer Ablehnung der von den internationalen Geldgebern vorgelegten Vorschläge einig. Die Zyprioten drängen vor allem auf die Beibehaltung des dreizehnten Gehalts, eine Reform der Gehaltsindexierung statt ihrer Abschaffung, gestaffelte statt einheitliche Gehaltskürzungen im öffentlichen Bereich, die Beibehaltung der Unabhängigkeit der Genossenschaftsbanken statt sie unter die Aufsicht der Zentralbank zu stellen und keine Veräußerung gewinnbringender halbstaatlicher Unternehmen. Umstritten sind auch die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 63 auf 65 Jahre, die Zulassung von Casinos sowie die Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer.

Die Regierung ist darum bemüht, keine Informationen über die eigenen Positionen nach außen dringen zu lassen und hat die Parteien nicht in die Endfassung ihrer Gegenvorschläge eingeweiht. Berichten zufolge beinhalten die endgültigen Vorschläge eine 5%ige Erhöhung der Benzinststeuer ab 2014, eine Umsatzsteuererhöhung um 1% auf 18% in 2013 und auf 19% in 2014, eine 20 prozentige Steuererhöhung auf Wettbeträge sowie eine

jährliche Unternehmensabgabe von 350 Euro auch auf inaktive Firmen. Es wird auch erwartet, dass folgende Kürzungen vorgenommen werden: Gehälter im öffentlichen Dienst zwischen 1001 und 1500 Euro um 6,5% (anstatt um 5%, wie von der Troika vorgeschlagen), Gehälter zwischen 1501 und 2000 Euro um 8,5%, Gehälter zwischen 2001 und 3000 Euro um 9,5%, Gehälter zwischen 3001 und 4000 Euro um 11,5% (statt 11%), sowie Gehälter über 4000 Euro um 12,5% (statt 12%). Keine Kürzungen sollen bei Gehältern unter 1000 Euro vorgenommen werden.

Die Regierung lehnte auch die Vorschläge der Troika ab, die darauf abzielen, Eigentum, das als Sicherheit für faule Kredite dient, nach einer Spanne von 18 Monaten zu pfänden und zu verkaufen. Dies würde bedeuten, dass eine erhebliche Anzahl von Hausbesitzern mit Pfändung und Verkauf rechnen müssten. Dies wäre ein Novum, da Hausbesitzer ohne Eigentumstitel bisher nicht mit einer Zwangsäumung von Seiten der Banken rechnen mussten. Die Troika möchte, dass problematische Kredite nach 90 Tagen als notleidend deklariert werden, während die Regierung eine 5jährige Frist fordert.

Ein weiteres Problem in diesem Kontext ist die auf Zypern weitverbreitete Praxis vieler Baufirmen die Eigentumstitel nach dem Verkauf der Häuser noch Jahre zurückzuhalten und sie als Sicherheiten für eigene Kredite zu nutzen. Sollten diese Firmen pleitegehen, droht daher selbst Hausbesitzern, die ihr Eigentum vollständig abbezahlt haben, die Pfändung, sollte sich die Troika hier durchsetzen.

Die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen beinhalten Ausgabenkürzungen im Wert von ca. 670 Millionen und Einnahmen im Wert von ca. 310 Millionen Euro, als Gegenwert für das Rettungspaket für die Banken und den zyprischen Staat, dessen Umfang zwischen 10 und 20 Milliarden Euro liegen dürfte. Die Ausmaße der finanziellen Schwierigkeiten werden klarer, wenn man das jährliche BIP der Republik Zypern von ca. 17 Milliarden Euro dagegen hält. Die Regierung fordert eine vierjährige Anpassungsphase bei der Umsetzung der Reformen statt der von der Troika vorgeschlagenen drei Jahre. Zentralbankchef Panikos Demetriades bestätigte, dass Zypern eine direkte Rekapitalisierung für seine Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) anstrebt und versicherte, dass die Schuldenlast Zyperns beherrschbar ist.

Russland hat zwischenzeitlich keinen Antrag auf Änderungen der Kreditbedingungen aus Nikosia erhalten, der sich auf einen Kredit über 2,5 Milliarden Euro vom letzten Jahr beziehen würde. Zudem gibt es keine Fortschritte im Hinblick auf einen neuen Kredit im Umfang von 5 Milliarden Euro. Berichten zufolge werde Russland einen Kredit seinerseits nur als Teil eines von der EU koordinierten Rettungsplans gewähren. Sollte es bei dieser russischen Position bleiben, entfielen die vielversprechendste Alternative zum EU-Rettungsschirm.

Die Rating-Agentur Moody's hat Zyperns Staatsanleihen um drei Stufen herabgestuft. Die Agentur nannte als Gründe die tiefgreifenden Verschlechterung des Bankensektors sowohl in Zypern als auch in Griechenland, aber auch das

zögerliche Verhalten der Regierung. Bereits zuvor befanden sich zyprische Staatsanleihen auf Junk-Status. Zeitgleich mit der Aufforderung des Eurogruppenchefs Jean Claude Juncker, dass Zypern im Hinblick auf die Verhandlungen mit der Troika schneller handeln solle, wertete Standard & Poor's Zypern ebenfalls um drei Stufen ab auf B von BB zusammen mit einem negativen Ausblick, da die bevorstehenden Wahlen zu einem Stillstand führten.

Folgende Zahlen demonstrieren, wie dramatisch Zyperns Wirtschafts- und Finanzlage ist:

- Die Armutsrate nahm zwischen 2009 und 2010 weiter zu. Bei einer Bevölkerung von 839,000 lebten 2010 zwischen 120,000 und 130,000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze.
- Die Zahl der registrierten Arbeitslosen für September 2012 wuchs auf 38,253 Personen an - im Vergleich zu 36,967 im August. Im Vergleich zum Vorjahr, ist eine Zunahme um 27,99% (oder 8,367 Menschen) zu verzeichnen. Eurostat zufolge gab es auf Zypern zwischen August 2011 und August 2012 innerhalb der EU den zweithöchsten Anstieg der Arbeitslosenrate von 8% auf 11,7%.
- Das Verhältnis von Staatsverschuldung zum BIP stieg im zweiten Quartal 2012 um 16,5% auf 83,3% an. Damit verzeichnete Zypern den höchsten Anstieg innerhalb der EU. Am Ende des zweiten Quartals hatte Zypern eine Staatsverschuldung von 14,9 Milliarden Euro im Vergleich zu 13,5 Millionen Euro im ersten Quartal und 11,8 Millionen Euro im zweiten Quartal 2011.

Innenpolitische Entwicklungen

Präsidentenskandidat Stavros Malas reichte am 15. Oktober seinen Rücktritt vom Amt des Gesundheitsministers ein, um sich auf die Wahlen im nächsten Februar vorzubereiten. Malas, der formal als unabhängiger Kandidat antritt, wird von der regierenden AKEL unterstützt. Der derzeitige Präsident, Demetris Christofias, will nicht wieder antreten. Malas' Herausforderer sind Nicos Anastasiades von der rechten DISY und der unabhängige Kandidat George Lillikas, der von EDEK unterstützt wird.

Die Grüne Partei Zyperns hat indessen zu Beginn des Monats angekündigt, dass die Entscheidung, welchen Kandidaten die Partei in den Wahlen unterstützen werde, im November fallen werde. Die Grünen machen ihre Entscheidung von den Positionen der Kandidaten im Hinblick auf die Wirtschaftskrise abhängig. Gleichzeitig kritisierte die Partei das langsame Handeln der Regierung im Bezug auf die Vorschläge der Troika.

Vor seinem Rücktritt als Gesundheitsminister offenbarte Malas, dass sich das staatliche zyprische Gesundheitswesen in einem kritischen Zustand befindet. 80% der Bevölkerung machen Gebrauch vom staatlichen Gesundheitswesen. Vor der Finanzkrise besuchte ein großer Teil der Bevölkerung private Praxen. Die Zahl für das Arzt – Patienten Verhältnis liegt momentan bei 1:1000 anstatt bei 3:1000, wie dies vor der Krise der Fall war. Das staatliche Gesundheitssystem ist starker Kritik ausgesetzt. Forderungen nach einer Einführung einer primären Gesundheitsfürsorge für die gesamte Bevölkerung

wurden noch nicht nachgekommen. Einer Umfrage aus dem Jahr 2009 zufolge zahlten 52% der Zyprioten für ihre Behandlung aus eigener Tasche und 43% zahlten ihre Rezepte privat. Das jetzige System fördert zudem die Steuerhinterziehung von Seiten der privaten Praxen, was im Zusammenhang mit der Finanzkrise zunehmend kritisiert wird.

Es ist möglich, dass Zypern bis zu einer Million Euro Strafe pro Tag an die EU zahlen muss, da immer noch 60 Abfalldeponien in Betrieb sind. Zudem besteht die Gefahr, dass Zypern die EU Zuschüsse für den Bau von Abfallentsorgungsanlagen verliert, die 2/3 der anfallenden Kosten abdecken, wenn Zypern keine Angebote bis Jahresende einholt. Selbst wenn Zypern weiterhin nur drei oder vier Abfalldeponien betreiben sollte, werden sich die Strafzahlungen auf sieben bis acht Millionen Euro pro Jahr belaufen. Die neuen Abfallentsorgungsanlagen werden wohl nicht vor Mitte 2015 in Betrieb genommen werden können.

Zyperns bekanntestes Milchprodukt, der Halloumi Käse, findet sowohl in Zypern als auch im Ausland großen Absatz. Die Exporte wuchsen von 13 Million Euro im Jahre 2001 auf 54 Millionen Euro in 2010 an. Um die Nachfrage zu stillen, haben Käseproduzenten die traditionelle Rezeptur, die hauptsächlich aus Ziegen- oder Schafsmilch bestand, geändert und verwenden nun bis zu 90% Kuhmilch. Um aber Halloumi als geschütztes EU Produkt zu deklarieren, legte die Regierung einen Mindestanteil von 51% an Schafs- oder Ziegenmilch fest, sehr zum Leidwesen der großen Käseproduzenten, die sowohl

rechtliche wie auch Streikmaßnahmen ankündigten.

5. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Premierminister Küçük besuchte am 3. Oktober Ankara, wo er sich mit dem türkischen Premierminister Tayyip Erdoğan traf, um die Einzelheiten eines Dreijahresplans für den Zeitraum von 2013 – 2015 für die Wirtschaft der `TRNC` zu besprechen. Zudem wurden verschiedenen Themen erörtert, unter anderem die derzeitigen Probleme der Stadtverwaltung im türkischen Teil Nikosias. Dem folgten weitere Fachgespräche, die darauf abzielten, eine formales Protokoll für die Umsetzung des Dreijahresplanes zu verfassen.

Während des Treffens in Ankara wurde auch vereinbart, Angebote für die Verlegung elektrischer Unterseekabel innerhalb des bestehenden Pipeline-Projekts einzuholen. Die Pipeline soll Wasser aus der Türkei in den Norden Zyperns bringen.

Während des gesamten Oktobers wurden von der Türkei finanzierte Straßenarbeiten im Norden der Insel durchgeführt. Der Minister für Bau und Verkehr teilte mit, dass sich der Anteil der Türkei für 2012 auf 115 Millionen Türkische Lire (ca. 50 Millionen Euro) beläuft.

Der Plan zum Bau einer Brennstofflagerstätte auf der Karpasiahalbinsel traf auf Widerstand. Präsident Eroğlu sprach sich aus Gründen des Umweltschutzes gegen dieses Projekt aus. Dies

wurde von einer Bürgerinitiative, die sich gegen die Lagerstätte wendet, aufgenommen. Die Gruppe erklärte, dass sie beabsichtige, Klage beim Verfassungsgericht gegen einen im August getroffenen Entscheid des Ministerrats einzureichen, mit der Eingrenzung der Region um Iskele (Trikomo) zu beginnen.

Die Regierung fand viel Zuspruch innerhalb der Bevölkerung für das Pipeline "Jahrhundertprojekt", das sogenannte "TRNC Wasserversorgungsprojekt". Der Bau soll März 2014 beendet sein. Die Grundsteinlegung zum Bau eines Staudammes bei Guzelyurt/Morphou fand im Oktober statt. Dem war der Bau eines riesigen Wasserreservoirs im Süden der Türkei nahe dem Alakoprou Staudamm vorangegangen. Das Ziel des Projekts ist es, jährlich bis zu 75 Millionen Kubikmeter Wasser durch die Pipeline in den Norden der Insel zu transportieren. Die Hälfte davon soll zu Trinkwasser aufbereitet werden, während der Rest zur Bewässerung genutzt werden soll. Die Kosten des Projekts belaufen sich schätzungsweise auf mehr als 300 Millionen Euro.

Der Ministerrat gab seine Zustimmung zur Vertragsunterzeichnung mit der Firma Tasyapi Construction, die den Zuschlag für den Umbau des Flughafens Ercan/Timbou im September im Rahmen eines 25jährigen Leasingvertrages bekommen hatte. Das Angebot wurde durch die Wettbewerbsbehörde offiziell genehmigt. Einzelheiten des Vertrages wurden bekanntgegeben. Demnach soll eine einheimische Firma 10% der Anteile erhalten und die zu diesem Zweck gegründete Gesellschaft Tasyapi-Terminal soll rund 50 Millionen Euro als Anzahlung

leisten. Während der ersten vier Baujahre für den neuen Terminal soll die Gesellschaft nicht an Gewinnen beteiligt sein, sondern diese sollen komplett der Regierung zufließen. Die Kosten für den Bau sollen ca. 350 Millionen Euro betragen.

Zwischenzeitlich wurden die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften im Rahmen der Verabschiedung des Jahresbudgets 2013 begonnen. Die Gewerkschaftsvertreter forderten Gehaltserhöhungen als Ausgleich für die Aussetzung der automatischen Gehaltsanpassung an die Inflationsrate im Jahr 2012.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 21. Oktober fand der Parteitag der regierenden National Unity Party (UBP) statt. Der Parteitag wurde mit Spannung erwartet, da Spekulationen im Raum standen, denen zufolge die Türkei den derzeitigen Premierminister Irsen Küçük favorisiere. Sein Herausforderer, Ahmet Kasif, steht hingegen dem Präsidenten Dervis Eroglu nahe. Ein Korruptionsverdacht innerhalb der UBP wurde augenscheinlich dazu verwendet, Eroglu hineinzuziehen und somit auch Kasif zu diskreditieren. Als Folge nahmen einige Minister ihre Unterstützung für Kasif zurück. Trotz dieser Entwicklungen hielt Kasif seine Kandidatur aufrecht.

Die Wahl des neuen Parteivorsitzenden, und somit des Premierministers, endete unter Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die korrekte Anwendung der Regeln und Statuten der Partei. Premierminister Irsen Küçük bekam 704

Stimmen gegenüber 690 für den einzigen Gegenkandidaten, Ahmet Kasif. Das Ergebnis war eine schwere Enttäuschung für Küçük, da er sich einen größeren Vorsprung bei seinem Sieg erhofft hatte. Zudem wurde der Ausgang rechtlich angegriffen. Das relevante Statut kann dahingehend ausgelegt werden, dass die Mehrheit aller Delegiertenstimmen für eine Wahl notwendig sei, statt die Summe der Stimmen der tatsächlich an der Wahl teilnehmenden Delegierten. Trotzdem ernannte Außenminister Huseyin Ozgurgun, nachdem er zum Vorsitzenden des Parteiausschusses gewählt wurde, Küçük zum Gewinner. Kasif entschied sich daraufhin, das Ergebnis mit rechtlichen Mitteln anfechten und reichte vorm dem (türkisch-zypriotischen) Kreisgericht eine gerichtliche Verfügung ein. Das Gericht setzte die Anhörung für den 2. November an. Die Krise innerhalb der UBP führte zu einer chaotischen und unsicheren Atmosphäre in Nikosia.

Die finanzielle und wirtschaftliche Krise innerhalb der Stadtverwaltung im Norden Nikosias war ein wichtiges Thema in der Innenpolitik. Die Gewerkschaft der kommunalen Arbeitnehmer (BES) setzte einen unbefristeten Streik an. Als Folge des Streiks stand die Müllabfuhr still und die Sorge wurde laut, dass der sich anhäufende Müll eine Gesundheitsgefahr darstellen könnte. Bürgermeister Cemal Bulutogullari von der UBP widersprach Rücktrittsforderungen und wies auf die Möglichkeit eines Darlehens von Seiten der türkischen Ziraat Bank hin. Er beschuldigte die Mitglieder der Oppositionspartei einer Einnigung im Wege zu stehen. BES forderte alle Mitglieder des Stadtrates dazu auf, während einer Kundgebung zurückzutreten, um damit

die Legitimität des Bürgermeisters in Frage zu stellen.

Der Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Aufnahme der Türkei in die EU führte zu Unverständnis auf Seiten der türkischen Zyprioten. In Bezug auf Zypern widersprach das türkische Außenministerium der im Bericht enthaltenen Aufforderung, eine Normalisierung im Verhältnis zur Republik Zypern herbeizuführen. Der Bericht erschien zeitgleich mit der Ratifizierung eines im September 2011 unterschriebenen Vertrages zur Abgrenzung des Festlandssockels zwischen der Türkei und der `TRNC`.

Der türkische Minister für EU Angelegenheiten und Verhandlungsführer in den Beitrittsgesprächen Egemen Bagis besuchte die `TRNC` am 15. Oktober. Bei seinem Besuch gab er seinem Ärger über die `Doppelmoral` der EU Ausdruck und sagte, dass 17 der 33 Verhandlungskapitel aufgrund politischer Faktoren blockiert seien.

6. FES Zypern Veranstaltungen

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Zypern/Athen/Istanbul

Journalistenseminar

16. – 18. November 2012

16. November: 17.00-19.00 Uhr

17. November: 9.30-18.30 Uhr

18. November: 9.30-13.00 Uhr

Chateau Status, UN Pufferzone

Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern

Stasandrou Str. 20, Apt. 401

CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak und Yiannis

Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com